



Schweizerische
Gesellschaft für Geschichte
Société suisse d'histoire
Società svizzera di storia
Societad svizra d'istorgia

Präsidentin
Prof. Dr. Regina Wecker
Historisches Seminar
der Universität Basel
Hirschgässlein 21
CH-4051 Basel
Telefon +41 (0)61 295 96 53
Mail regina.wecker@unibas.ch

An das Bundesamt für Berufsbildung
und Technologie BBT
Frau Dr. Ursula Renold
Effingerstrasse 27
3003 Bern

Basel, den 26. Juni 2008

Totalrevision der Verordnung über die eidgenössische Berufsmaturität Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte (SGG)

Sehr geehrte Frau Dr. Renold

Im Namen der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte (SGG), der wissenschaftlichen Gesellschaft und Fachvertretung der Schweizer Historikerinnen und Historiker, nehmen wir wie folgt Stellung zum Vernehmlassungsentwurf über die eidgenössische Berufsmaturität:

Wir weisen die Verordnung in der vorliegenden Form entschieden zurück und beantragen, im Grundsatz die bisherige Verordnung beizubehalten.

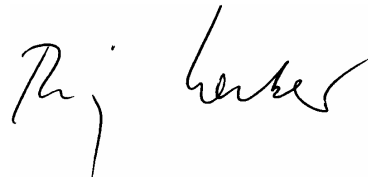
Aus Sicht unserer Gesellschaft sprechen folgende Überlegungen gegen den Vernehmlassungsentwurf:

- Die geplante Verordnung bedeutet eine massive Verschlechterung für die Lernenden gegenüber der aktuellen Situation, indem sie die beiden Grundlagenfächer Geschichte und Staatslehre sowie Volkswirtschaft, Betriebswirtschaft und Recht zunächst in einen „interdisziplinären Lernbereich Gesellschaft und Wirtschaft“ zusammengeführt und dann im Namen der Interdisziplinarität **um die Hälfte der Lektionen kürzt**.
- Geschichte und Staatslehre und Volkswirtschaft, Betriebswirtschaft und Recht sind in der jetzigen Form der Verordnung bestens geeignet, zu interdisziplinärem Denken zu führen. Kernkompetenzen, wie der kritische Umgang mit historischen Quellen und Darstellungen, das Verstehen und Erschliessen von anspruchsvollen Texten, die Anwendung von wissenschaftlichen Modellen auf gesellschaftliche Phänomene sind allgemein von Bedeutung und bieten zudem die Voraussetzung, sich sachgerecht im Hinblick auf das Verfassen der Berufsmaturitätsarbeit zu informieren.

- Gerade das Fach Geschichte und Staatslehre trägt wesentlich dazu bei, dass Schülerinnen und Schüler lernen, sich eine eigenständige Meinung zu komplexen, interdisziplinären Fragestellungen zu bilden. Mit der geplanten Reform wird der politisch-historische Unterricht an den Berufsmaturitätsschulen aber faktisch abgeschafft. Studien über das Verhältnis von Jugendlichen zur Politik zeigen dagegen, dass historisch-politische Bildung an unseren Schulen dringend nötig ist.¹
- Das Fach Geschichte bietet aber nicht nur Grundlagen für das Verständnis der Entwicklung unserer Gesellschaft, sondern auch und insbesondere das notwendige Orientierungswissen für die individuelle Standortbestimmung in einer sich schnell wandelnden Gegenwart. Der Einbezug und Eröffnung der historischen Dimension ist eine wesentliche Voraussetzung dafür.
- Die SGG hält es nicht für vertretbar, dass eine BMS-Absolventin, ein BMS-Absolvent weniger über Staats- und Regierungsformen, über den Aufbau unseres Bundesstaates, die EU usw. aber auch über ihre Entstehungsgeschichte und damit über Entwicklungsmöglichkeiten weiss, als ein Berufsschüler, eine Berufsschülerin mit ABU-Hintergrund. Sie sind auch als Staatsbürger oder Staatsbürgerinnen beim Wählen und Abstimmen und im Bezug auf wirtschaftliche Fragestellungen benachteiligt, wenn diese Bereiche nicht Gegenstand des Unterrichts sind. Genau dazu aber führt die Revision. Das widerspricht grundlegend der Forderung nach einer erweiterten Allgemeinbildung, deren Vermittlung von Berufsmaturitätsschulen gefordert ist. Das schadet auch dem Image der Berufsmatur.
- Mit dem heutigen Zustand ist die Attraktivität der Berufsmaturität im Vergleich zur gymnasialen Matur gewahrt. Ein Abbau an Lektionen erschwert oder verunmöglicht gar den heute zum Beispiel im Kanton Zürich viel begangenen Weg zur gymnasialen Matur via die Kantonale Maturitätsschule für Erwachsene in zwei statt drei Jahren, ein neben der Passerelle sehr attraktiver Zugang zum Universitätsstudium. Es erschwert damit zudem auch die spätere Aufnahme eines Geschichtsstudiums, eines der grössten Fächer (wenn nicht, wie an der Universität Basel, das grösste Fach) der Philosophischen Fakultäten.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme unserer Stellungnahme und bitten eindringlich um die Berücksichtigung unseres Antrages.

Mit freundlichen Grüssen



¹ Fritz Oser und Roland Reichenbach, Politische Bildung in der Schweiz, Schlussbericht zu Handen der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, Bern 2000. Oder Fritz Oser, Horst Biedermann (Hrsg.). Jugend ohne Politik. Ergebnisse der IEA Studie zu politischem Wissen, Demokratieverständnis und gesellschaftlichem Engagement von Jugendlichen in der Schweiz im Vergleich mit 27 anderen Ländern. Zürich, Chur 2003. Sowie Honegger, Claudia, Jost, Hans U., Konkurrierende Deutungen des Sozialen : Geschichts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft, Zürich 2007.